

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walt W. Rostow

Die Rolle Deutschlands
in der Weltpolitik

Die dritte
Entspannungsrunde

B 42/63
16. Oktober 1963

Walt W. Rostow, Ph. D., ehem. Professor für Wirtschaftsgeschichte am Massachusetts Institute of Technology, Vorsitzender des Planungsstabes im US-Außenministerium, Mitglied des Center of International Studies, geb. 7. Oktober 1916 in New York. Veröffentlichungen u. a.: A Proposal: Key to an Effective Foreign Policy (mit M. F. Millikan), 1957; The United States in World Arena, 1960; The Stages of Economic Growth, 1960.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe zwei bedeutsame Äußerungen des Chefs des Planungsstabes im amerikanischen Außenministerium, Walt W. Rostow, der zu den wichtigsten Beratern Präsident Kennedys zählt. Die Übersetzung seines Vortrags über „Die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik“, den er am 18. September 1963 an der Universität Dayton gehalten hat, stellte der Amerika Dienst zur Verfügung. Der zweite Artikel über die gegenwärtige Phase der west-östlichen Beziehungen wird mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers aus dem Oktoberheft der New Yorker Vierteljahresschrift FOREIGN AFFAIRS übernommen.

Eine der größten Leistungen der Nachkriegszeit

Wenn man das heutige Deutschland betrachtet und in der Geschichte dieses Jahrhunderts zurückdenkt, dann wird klar, daß die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und ihre Rolle im Weltgeschehen eine außerordentliche Leistung darstellen — sicherlich eine der größten Leistungen der Nachkriegsgeneration.

Ich denke hier nicht einfach an das Wunder des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs Deutschlands, durch das ein verwüstetes Land, dem ein bedeutender Teil seines Territoriums zeitweilig entzogen wurde, etwa elf Millionen Flüchtlinge aufnahm und dann an den Wiederaufbau ging und ein neues Niveau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens für seine ganze Bevölkerung schuf. Ich denke vielmehr an das Entstehen einer stabilen, demokratischen Regierung, getragen von einer weitgehenden nationalen Übereinstimmung in außen- und innenpolitischen Angelegenheiten, die selbst über die großen Parteien hinweggeht und nahezu frei von der Bitterkeit und Zersplitterung ist, die in der Vergangenheit die demokratische Politik in Teilen Europas gekennzeichnet haben. Ich denke da an die unerschütterliche Loyalität der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Konzeptionen der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft. Ich denke an die zunehmende Rolle Deutschlands als einer konstruktiven Kraft in vielen Teilen der Welt außerhalb Europas. Und ich denke auch an die Verbindung von innerer Ausgeglichenheit und Entschlossenheit, mit der das deutsche Volk — angesichts der ständigen kommunistischen Provokationen und der kommunistischen Versuche, seine berechnete Sorge um seine Mitbrüder und seinen berechtigten Anspruch auf nationale Selbstbestimmung als einen Wunsch nach blutiger Rache für die Nieder-

lage im Zweiten Weltkrieg darzustellen — seiner letzten Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln entgegenblickt.

Rückblick auf die deutsche Geschichte

Um das Ausmaß dieser Leistung zu verstehen, muß man auf die Geschichte des modernen Deutschland und auf die vier Hauptelemente zurückblicken, die zusammenwirkend diese Geschichte schwierig gestalteten — schwierig für Deutschland, für seine Nachbarn und für die Welt.

Erstens, Deutschland wurde, gemessen an den Staaten der Neuzeit, spät geeint. Frankreich, Großbritannien, Rußland und selbst die Vereinigten Staaten hatten ein klares Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit und der nationalen Einheit entwickelt, als die deutschen Stämme noch Mitte des neunzehnten Jahrhunderts um die Bildung einer wirksamen Einheit kämpften. Diese Zufälligkeit der Geschichte mochte dazu führen, Deutschland das Gefühl zu geben, daß es sehr rasch sehr viel aufzuholen hatte, bevor es seinen ihm zustehenden Platz in Europa und im Weltgeschehen einnehmen konnte. Sie machte Deutschland bei der Bestimmung seines nationalen Geschickes in einem Zuge unsicherer und selbstbewußter.

Zweitens, in ihrer ersten Phase wurde die deutsche Einheit durch das Land Preußen beherrscht. Diese nordöstliche Region blickte auf eine lange Geschichte als Militärmacht zurück und stand den liberalen Strömungen des Denkens und Fühlens ziemlich fern, die sich Ende des achtzehnten Jahrhunderts und insbesondere während der französischen Revolution und ihren Nachwehen über Westeuropa einschließlich Westdeutschlands ausbreiteten. In einem gewissen Sinne verkörpert das heutige Deutschland den Sieg — und wie ich überzeugt bin, den endgültigen Sieg — jener Männer, die im Jahre 1848 das liberale Frankfurter Parlament

hervorbrachten, obwohl die 48er Revolution damals von Preußen und den deutschen Nationalisten zunichte gemacht wurde.

Das dritte ist die einfache Tatsache der Energie, der Befähigung und des Willens der Deutschen, ihr Nationalgefühl und ihr nationales Sein im Weltgeschehen in starkem Maße zum Ausdruck zu bringen. In dem Ringen der europäischen Machtpolitik etwa zwischen 1860 und 1945 schuf dieses Vordringen immer wieder die größten Probleme, da die deutschen Ansprüche direkt auf die Lebensinteressen anderer Nationen prallten. Dennoch gab es lange Zeiträume, in denen Deutschland friedliche Kanäle für den Ausdruck seines Talents und seiner nationalen Ambitionen fand und das internationale Leben in vieler Hinsicht bereicherte — zum Beispiel in der Wissenschaft, im Erziehungswesen, in der Literatur und in allen Sphären des westlichen Kulturlebens.

Das vierte schließlich ist die geographische Lage: Deutschland liegt im Schwerpunkt des Kräfteverhältnisses in Europa. Es ist entsprechend seinem Gebiet, seiner Bevölkerung und seiner Konzentration an natürlichen Hilfsquellen von entscheidender Bedeutung zwischen dem Osten und dem Westen. In der Vergangenheit träumten manche Deutsche davon, diese Position dazu zu benutzen, um Europa zu beherrschen. Vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen bleibt Deutschland im Ringen nach Weltherrschaft der erstrebenswerteste Besitz. Im Zusammenwirken sind diese Elemente der Geschichte, der nationalen Kämpfe und der Geographie die Ursache ernster Schwierigkeiten gewesen. Aber in den Nachkriegsjahren haben das deutsche Volk selbst, seine westlichen Nachbarn und bis zu einem gewissen Grad auch wir selbst diesen schmerzlichen Erfahrungen eine konstruktive Wendung gegeben.

Fehler der Amerikaner zwischen den Kriegen

Denn wir in den Vereinigten Staaten machten zwischen den beiden Weltkriegen in unserer Europapolitik schwere Fehler, und auch wir mußten schmerzliche Lehren erfahren und anwenden. Dadurch daß wir dem Völkerbund nicht beitraten und dadurch daß wir unsere Anwesenheit und unser militärisches Potential nicht zu einem festen Faktor in den europäischen Sicherheitskalkulationen machten, trugen wir dazu bei, eine Situation zu schaffen, die es Hitler ermöglichte, von einer deutschen Herrschaft über Europa und einer europäischen Herrschaft über die Welt zu träumen. Wie ich mich erinnere, enthielten die Tage-

bücher des Grafen Ciano mit ihren detaillierten Aufzeichnungen über die Achsenpolitik in den dreißiger Jahren praktisch keine Hinweise auf die Vereinigten Staaten. Hitler und Mussolini träumten ihre Träume und machten ihre Pläne, als ob die Vereinigten Staaten als Faktor im europäischen Kräftespiel nicht existierten. Unser Isolationismus zwischen den Kriegen trug zur Ermutigung dieser tragischen Kirchturmspolitik bei.

In der Erkenntnis dieser Lehren suchte die amerikanische Regierung unmittelbar nach dem Kriege gegenüber dem europäischen Kontinent eine Politik zu treiben, die die Fehler früherer Zeiten vermeiden wollte. Als es im Winter und Frühjahr 1946 klar wurde, daß die Sowjetunion die Einigung Deutschlands und Europas auf der Basis der politischen Freiheit nicht zulassen würde, begannen wir eine Politik zu entwickeln, die heute noch Gültigkeit hat. Es ist dies die Politik der Unterstützung beim Aufbau eines blühenden und vereinigten Westeuropas, das in militärischen und anderen wichtigen Angelegenheiten eng mit den Vereinigten Staaten und Kanada verbunden sein und das in enger Übereinstimmung mit Nordamerika wieder als Großmacht in das Weltgeschehen eintreten sollte.

Elemente einer neuen Politik gegenüber Deutschland

Vier Faktoren wirkten bei der Gestaltung dieser Politik zusammen. Erstens war da einmal Deutschland selbst. Man hielt es für entscheidend, ein starkes, integriertes europäisches Gefüge zu schaffen, das ein wahrscheinlich noch für einige Zeit gespaltenes Deutschland als einen gleichberechtigten Partner aufnehmen konnte, ein Gefüge, das den Deutschen die Möglichkeit geben würde, ihre große Energie und ihre Hilfsquellen zu mobilisieren und diese angesichts der unumgänglichen Belastungen, die die Geschichte und geographische Lage ihnen auferlegt haben, in positive Bahnen zu lenken. Bundeskanzler Adenauer hat sehr richtig gesagt, daß die Mitgliedschaft Deutschlands in einer integrierten europäischen Gemeinschaft die beste Gewähr gegen ein Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen in Deutschland biete.

Zweitens war da Moskau. Europa sah sich einem geschlossenen Gegner gegenüber, der im Begriff war, sein Imperium bis zur Elbe zu konsolidieren und der jede Spaltung oder Schwäche, die er beim Westen entdecken konnte, für sich auszunutzen suchte. Ein vereintes, mit den Vereinigten Staaten verbundenes Europa schien das einzig leidlich sichere Organisationsgefüge zu sein, das mit diesem

zentralisierten und immer mächtiger werden den Herd aktiver Feindseligkeit fertig zu werden vermochte.

Drittens gab es jene Erkenntnis, zu der viele Menschen beiderseits des Atlantik als der eigentlichen Lehre des Zweiten Weltkriegs gekommen waren, daß nämlich in der Welt der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts die einzelnen Nationalstaaten Europas nur dann wirklich eine bedeutende Rolle im Weltgeschehen spielen könnten, wenn sie sich vereinten und wenn diese Einigung in der Form eines echten Zusammenschlusses, nicht aber einer lockeren Gruppierung völlig souveräner Staaten erfolgte. Der Schauplatz der Weltpolitik hatte sich derart erweitert, daß er den gesamten Planeten umfaßte; und die technischen Voraussetzungen wirksamer Macht waren weit über die Möglichkeiten der europäischen Einzelstaaten hinausgewachsen. Der geschichtliche Wettstreit um Macht und Ansehen unter ihnen ließ sich nur auf Kosten ihrer gemeinsamen Bedeutung als einer Stimme in der Weltpolitik und unter Gefahren für ihre gemeinsame Sicherheit weiterverfolgen.

Und schließlich gab es auf wirtschaftlichem Gebiet das Argument: Die volle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas konnte nur auf der Grundlage eines weiträumigen und äußerst konkurrenzfähigen gesamteuropäischen Marktes entwickelt werden.

Ich kann mich noch sehr lebhaft daran erinnern, daß Anfang 1946, als diese Fragen zum erstenmal erörtert wurden — ich bekleidete damals eine untergeordnete Stellung im US-Außenministerium —, die Gefahren dieser Politik für die Vereinigten Staaten offen dargelegt wurden: Wie könnten wir gewiß sein, daß ein vereintes Europa tatsächlich eine mit den amerikanischen Interessen in Einklang stehende Politik verfolgen würde? Würde es nicht sicherer sein, mit Europa ein bilaterales Beziehungsverhältnis einzugehen, das es uns — bei Berücksichtigung der uns durch unsere Verhandlungsposition gegebenen Möglichkeiten — erlauben würde, den Einfluß der Vereinigten Staaten auf die europäischen Angelegenheiten über einen längeren Zeitraum zu sichern?

Wir entschieden uns dafür, die umfassenderen Interessen obsiegen zu lassen, und wir schritten in der Unterstützung der europäischen Integration voran. Hinter dieser Entscheidung stand ein Akt des Vertrauens — des Vertrauens darin, daß die elementare Logik der atlantischen Verbindung, die bereits in zwei Weltkriegen auf die Probe gestellt worden war und unter Stalin einer dritten Prüfung unterzogen wurde, die Oberhand behalten

würde, und daß ein vereintes Europa seine Politik auf der grundlegenden Übereinstimmung mit unseren jeweiligen Interessen, nicht aber auf den möglichen Divergenzen und Antagonismen aufbauen würde — die offenkundig genug waren und sind. Von dieser Einstellung dem Problem Europas und Deutschlands gegenüber gingen wir an den Ausbau des Marshallplans. Wir trugen unsern Teil zum Aufbau der NATO bei, wir setzten uns für die Montanunion und das EURATOM ein und unterstützten den Gemeinsamen Markt. Im Rahmen dieser Politik — auf die die deutsche Führung positiv reagierte — hat die Bundesrepublik ihren Weg zu einer Rolle der Würde, der Gleichberechtigung und Führung innerhalb Westeuropas selbst, in den Gremien der atlantischen Gemeinschaft und im Weltgeschehen zurückgefunden.

Die Deutschen stehen loyal zum Westen

Ich glaube, das deutsche Volk und seine politischen Führer verstehen besser als die meisten anderen, daß die wirklichen Probleme, denen sie und wir im Westen gegenüberstehen, nur durch eine geschlossene europäische Aktion und atlantische Partnerschaft gelöst werden können. In geschichtlicher Hinsicht haben sie — in einer echten Einsicht und Aufrichtigkeit — die alte Rivalität mit Frankreich aus der Welt geschafft und die französisch-deutsche Wiederannäherung zu einem der Hauptziele einer Politik auf lange Sicht gemacht, die im Rahmen einer integrierten europäischen Gemeinschaft und gesunden atlantischen Partnerschaft erreicht werden sollen.

In militärischer Hinsicht leben die Deutschen immerhin an einer exponierten Grenze der freien Welt. Sie verstehen, daß der Schutz dieser Grenze und West-Berlins nicht durch bloße Gesten oder selbstaufgelegte Zurückhaltung der Kommunisten erreicht worden ist, sondern durch eine gewaltige Mobilisierung der militärischen Hilfsmittel und den eindeutigen Willen, diese zu nutzen. Sie verstehen ferner, daß die militärische Stärke der Vereinigten Staaten — in Form der unterirdischen Raketenabschußrampen, der Polarisunterseeboote unter der Meeresoberfläche, der Flugzeugträger, der alarmbereiten Flugzeuge auf den über die ganze Welt verstreuten Flugstützpunkten und in einsatzbereiter Reserve in den Vereinigten Staaten — ein entscheidend wichtiger und unersetzlicher Bestandteil ihrer Sicherheit ist, zusammen mit den Truppen der amerikanischen Garnison in Berlin und den amerikanischen Soldaten, die auf deutschem Boden Seite an Seite mit ihren eigenen stehen,

und zusammen mit all den anderen Kontingen-
ten und Verpflichtungen der NATO.

Da ihr Wirtschaftsleben eng mit dem der
anderen Teile Europas verflochten ist, wissen
sie, daß ihr Wohlstand von einer über die
Grenze blickenden Handelspolitik abhängt —
von einer Politik, die auf eine Ausweitung und
nicht auf eine Einengung der Gebiete aus-
gerichtet ist, die in einem auf niedrigen Zöl-
len basierenden Handelssystem zusammen-
gefaßt sind. Sie haben die Konzeption einer
echten wirtschaftlichen Integration in Europa
unterstützt — mit gemeinsamen Gremien mit
beträchtlichen Entscheidungsbefugnissen —
und sie waren bereit, bedeutende Opfer zu
bringen, um sie funktionsfähig zu machen. Sie
haben ferner die wirtschaftliche Integration
als eine Station auf dem Wege zu anderen
Formen der europäischen Einheit betrachtet,
die sowohl die politischen wie auch die wirt-
schaftlichen Beziehungen zwischen den
übrigen europäischen Ländern einschließen.

Deutschland war — durch die Geschichte seiner
Kolonien beraubt und daher in dieser Gene-
ration frei von der Verflechtung und der Be-
lastung, zu der großen Überleitung vom Kolo-
nialismus beizutragen — in der Lage, den Pro-
blemen der Entwicklungsländer auf einer welt-
weiten Basis und mit neuen Vorstellungen von
den Aufgaben und Möglichkeiten gegenüber-
zutreten.

Da nun rund eine Viertelmillion amerika-
nischer Soldaten in Deutschland zur Vertei-
digung einer notwendigerweise gemeinsamen
Grenze stationiert sind, hat die deutsche Bun-
desregierung Verständnis für die Belastung
unserer Zahlungsbilanz, die sich aus unserer
Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung
der freien Welt ergibt, und zeigte sich auf-
geschlossen und hilfreich, wenn es darum ging,
einige ihrer Auswirkungen zu mildern.

Und schließlich haben die Deutschen — nach
Osten auf jene achtzehn Millionen blickend,
die immer noch gegen ihren Willen von einem
Besatzungsregime regiert werden — zugleich
auch das Wesen des Atomzeitalters erkannt
und daher den Kampf um Selbstbestimmung und
nationale Einheit mit friedlichen Mitteln und im
Rahmen des westlichen Bündnisses geführt.
Kurz gesagt, die Deutschen ziehen aus ihren
sowie den gemeinsamen Erfahrungen dieses
Jahrhunderts ihre Lehren, sie betrachten nüch-
tern ihre Probleme als Nation, sie studieren
die moderne Militärtechnik und die Formen
moderner Nachrichtenübermittlung und haben
daher erkannt, daß keiner von uns im Westen
— und dies gilt natürlich auch für die Verei-
nigten Staaten — unsere Probleme lösen kann,

es sei denn, daß wir gemeinsame Sache machen,
es sei denn, daß wir die Politik auf einer ge-
meinsamen Loyalität gegenüber den Werten
und der großen Tradition des Westens, an
denen wir alle teilhaben, aufbauen. Sie haben
erkannt, daß die Aufgabe, der wir seit 1945
gegenüberstanden und immer noch gegenüber-
stehen, zwar die früheren Ideen des Nationa-
len, der nationalen Verteidigung und des natio-
nalen Schicksals einschließt, aber auch über
sie hinausführt.

Verpflichtungen der Amerikaner

Wir haben allen Grund zur Annahme, daß
Form und Art der deutschen Politik in allen
großen politischen Parteien und im Denken
und Fühlen des deutschen Volkes fest veran-
kert sind — die jetzt heranwachsende jünger
e Generation, die die Tage Hitlers nicht mehr
richtig erlebt hat, eingeschlossen. Aber die
moderne Welt ist so eng miteinander verfloch-
ten, daß auch wir in den Vereinigten Staaten
einen Teil der Verantwortung für die Erhal-
tung der Kontinuität der deutschen Politik
tragen.

Erstens: Wir müssen Deutschland weiterhin
nicht nur ein zuverlässiger Verbündeter sein,
sondern ihm auch als treuer Partner dabei
helfen, innerhalb der NATO die Verteidigung
der östlichen Grenze einschließlich West-Ber-
lins aufrechtzuerhalten. Der deutsche Beitrag zu
seiner eigenen wie auch zur Verteidigung des
Westens ist erweitert und ausgebaut wor-
den. Wir stehen beide im Begriff, zusammen
mit einigen unserer NATO-Verbündeten die
Errichtung einer multilateralen Atomstreit-
macht innerhalb der NATO zu prüfen, die den
europäischen Ländern eine annehmbare Betei-
ligung an der atomaren Abschreckung bietet,
ohne zur Entstehung weiterer nationaler Atom-
mächte zu führen. Wir stehen beide im Be-
griff, gemeinsam mit allen unseren NATO-
Verbündeten unsere strategische Konzeption
zu durchdenken, eine gemeinsame Verteidi-
gungspolitik der NATO für das Atomzeit-
alter auszuarbeiten und den Kurs abzustecken,
um dieser Konzeption dauerhafte Geltung zu
verleihen.

Die Stabilität der deutschen Politik hängt von
dem weiteren Erfolg der kollektiven Vertei-
digung Westeuropas sowie von der Rolle
Deutschlands als einem geachteten Senior-
Partner bei diesen Bemühungen ab.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren
in Berlin und während der Kuba-Krise be-
wiesen, daß die Verpflichtung der Vereinigten
Staaten zur kollektiven Verteidigung auch
weiterhin Bestand gehabt hat, obwohl die

Sowjetunion Kernwaffen entwickelt hat und damit in die Lage gekommen war, den Vereinigten Staaten in einem Atomkrieg schweren Schaden zuzufügen. Die sowjetische Taktik der atomaren Erpressung, die 1958 in Berlin anfang und bis 1962 fortgesetzt wurde, schlug fehl. Die erste Voraussetzung für die Stabilität des Westens ist, daß solche Taktiken auch künftig fehlschlagen, sollten sie jemals wieder angewandt werden.

Zweitens: In einer Zeit, in der wir die Gefahren und die Spannungen des Kalten Krieges zu verringern und zu ergründen suchen, wie weit wir ohne Gefahr in Richtung auf eine Rüstungskontrolle gehen können, ist es unerläßlich, daß wir unsere Verbündeten so eingehend wie nur möglich dort konsultieren, wo ihre Interessen auf dem Spiele stehen könnten. Aus diesem Grund haben wir in Moskau allem Drängen widerstanden, das Atomversuchsverbot mit einem Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes zu koppeln. Die atlantische Partnerschaft ist mehr als lediglich ein Verteidigungsbündnis. Sie ist eine Gruppe von Nationen mit einem gemeinsamen Erbe und wichtigen bleibenden gemeinsamen Interessen. Wir sind ganz offensichtlich bereit, gemeinsam zu kämpfen. Wir müssen jedoch auch lernen, genauso eng zusammenzuarbeiten, um die Möglichkeiten zu sondieren, wie wir ganz allmählich in Richtung auf eine friedlichere Welt vorankommen können.

Wir haben während der Berlin-Krise der Jahre 1961/62 einander fast täglich bis ins kleinste Detail konsultiert. Wir beabsichtigen, genauso enge Konsultationen zu führen, wenn wir die Möglichkeiten prüfen, die sich uns vielleicht in den kommenden Monaten für eine Verringerung der Gefahren und der Spannungen des Kalten Krieges bieten werden. Bei diesen Konsultationen muß die Frage des immer noch gespaltenen Deutschlands, dessen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung immer noch verwehrt wird, von Deutschland und den Verbündeten Deutschlands mit größter Sorgfalt und Ernsthaftigkeit behandelt werden.

Drittens: Wir müssen Deutschland dabei unterstützen, im Rahmen der Einheit Europas, so weit sie gediehen sein mag, eine möglichst bedeutende Rolle bei all den großen Aufgaben der freien Welt zu spielen, die bereits sehr umfassend sind, die jedoch noch immer stärker ausgeweitet werden: Bei der kühnen Aufgabe der Hilfe für die Entwicklungsländer; bei der Formulierung der Handelspolitik, nicht nur innerhalb Europas und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, sondern auch auf

einer weltweiten Basis, wo alle von uns Wege zur Schaffung eines Handelssystems finden müssen, das sowohl den fortgeschrittenen wie auch den weniger entwickelten Ländern der Völkergemeinschaft der freien Welt Nutzen bringt; in Währungsfragen, wo wir in den sechziger Jahren neue Wege zur Stützung eines Warenflusses und eines Kapitalverkehrs finden müssen, die weit rascher anwachsen als die Goldvorräte der Welt.

Ein Zukunftsbild

Obwohl unsere bilateralen Beziehungen zu Deutschland sehr eng und umfassend sind — und sie sollten dies auch sein, da wir zusammen einen sehr großen Teil der Lasten der europäischen Verteidigung tragen —, sind wir letztlich doch durch die Loyalität gegenüber einem umfassenden Zukunftsbild miteinander verbunden. Dieses Zukunftsbild gliedert sich in drei Teile: Die Einheit Europas, der Aufbau der Atlantischen Gemeinschaft und die systematische Ausnutzung der Energien und Hilfsquellen der Atlantischen Gemeinschaft für die größeren Ziele des Friedens und des Wohlstandes auf der Welt.

Dieses Zukunftsbild ist aber augenscheinlich noch unvollendet. Die europäische Einheit befindet sich gegenwärtig in einem Zwischenstadium des Innehaltens und der Erörterung — keineswegs dem ersten derartigen Zwischenstadium seit 1945. Mit hinein in diese Debatte spielen natürlich die langfristigen Beziehungen Großbritanniens zum europäischen Kontinent. Daß die europäische Debatte auch die langfristigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und einem geeinten Europa berührt, ist mit ein Grund dafür, daß bestimmte Fragen der transatlantischen Partnerschaft weiterhin in der Schwebe gehalten werden; trotzdem ist hier mehr Fortschritt im stillen zu verzeichnen, als in den Zeitungen berichtet wird.

Es sollte uns weder überraschen noch enttäuschen, wenn die Fortschritte in Richtung auf diese Ziele — die von allen unseren drei Nachkriegspräsidenten in gleicher Weise unterstützt worden sind — langsam sein sollten. Dies ist das größte Werk internationaler Zusammenarbeit, das jemals in Friedenszeiten von souveränen Nationen in Angriff genommen worden ist. Für jedes einzelne Land stehen bedeutende Interessen auf dem Spiele, die weit sowohl in seine Geschichte wie auch seine derzeitige Politik hineingreifen.

Wie jedoch Präsident Kennedy auf seiner Europareise im Juni dieses Jahres eindeutig klargestellt hat, stehen wir auch weiterhin fest

zu unserer Zusage, das Höchstmaß an europäischer Einheit zu unterstützen, das die Europäer selbst innerhalb des größeren Rahmens der atlantischen Partnerschaft schaffen können. Wir bleiben diesem Zukunftsbild gegenüber loyal, das nunmehr seit fast einer Generation fest in die amerikanische Politik eingefügt ist, nicht aus Trägheit oder weil wir die sich hierbei ergebenden Schwierigkeiten nicht erkennen. Wir bleiben diesem Zukunftsbild fest verpflichtet, weil es den Interessen der Vereinigten Staaten, den Interessen Europas und den Interessen der Freiheit überall auf der Welt am besten dient.

Minderung der Spannungen darf nicht zur Spaltung des Westens führen

Obwohl diese Politik als Antwort auf den von Stalin unmittelbar nach dem Kriege unternommenen Versuch, ein verarmtes und entmutigtes Westeuropa an sich zu reißen, feste Formen annahm, ist sie unseres Erachtens keineswegs abhängig davon, daß die aktiven sowjetischen Vorstöße gegen den Westen, wie wir sie zum Beispiel in Berlin in den Jahren von 1958 bis 1962 erlebt haben, fort dauern. Wir brauchen ein geeintes Europa, das mit uns über den Atlantik hinweg als Partner zusammenarbeitet, aus Gründen, die über die Zeit, in der wir leben, und die Probleme, denen wir gegenüberstehen, hinausreichen.

Das Wesen der militärischen Technik — und das atomare Potential der Kommunisten — bedingen es, daß die Atlantische Gemeinschaft wohl die kleinste Einheit ist, die eine zweckmäßige und wirksame Verteidigung aufbauen kann. Das Problem, eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu organisieren, der sowohl die fortschrittlichen Länder des nördlichen Teils der freien Welt wie auch die schnell aufstrebenden Länder Asiens, des Mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas angehören, erfordert es, daß wir über den Atlantik hinweg zusammenarbeiten. Die uns in den auf die Kontrolle der Atomwaffen abzielenden Verhandlungen mit Moskau gestellten Probleme berühren lebenswichtige Interessen jeder einzelnen Nation der Atlantischen Gemeinschaft, die Entschlossenheit innerhalb dieser Völkerfamilie erfordern; und das gleiche gilt letztlich auch für das Problem des kommunistischen China mit seiner gegenwärtigen aggressiven Haltung wie auch seiner künftigen, besonders wenn das kommunistische China erst ein atomares Potential aufbaut.

Wenn wir mit aller Vorstellungskraft, deren wir fähig sind, in die Zukunft blicken, können wir uns keinen den gegenwärtigen Planungen

entsprechenden Zeitraum vorstellen, in dem Europa ein Zusammenschluß und eine Zusammenarbeit mit Nordamerika nicht zum Vorteil gereichen würde. Oder anders gesagt, wir können nichts als Gefahren für uns alle sehen, wenn Europa sich von den Vereinigten Staaten trennen oder wenn es seinen hohen Wohlstand und die jüngste Milderung der Spannungen zu Moskau zum Anlaß nehmen sollte, um dem überholten Nationalismus erneut freien Lauf zu lassen.

Die kommunistischen Machthaber haben über die jüngste Periode der verminderten Spannungen zwei Dinge gesagt, die beachtenswert sind. Erstens, daß es keine ideologische Koexistenz geben darf. Das bedeutet, daß sie die gegenwärtigen Verhandlungen als eine begrenzte Phase — eine wichtige Phase — des Kalten Krieges betrachten, nämlich als einen Versuch, die Gefahr zu verringern, daß es zu einem Atomkrieg kommen könnte, der weder in ihrem noch in unserem Interesse wäre. Das bedeutet ferner, daß die Kommunisten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf beharren wollen, die Expansion ihrer Macht und ihres Einflusses voranzutreiben. Alle der amerikanischen Regierung — die das Verhalten der Kommunisten in allen Teilen des Erdballs beobachtet — zur Verfügung stehenden Informationen lassen darauf schließen, daß die Kommunisten in keiner Weise in ihren Bemühungen nachgelassen haben, ihre Macht und ihren Einfluß auf Kosten des Westens auszudehnen.

Sie haben dann zweitens gesagt, daß sie in einer Periode der verminderten Spannung hoffen und erwarten, die — wie sie es nennen — dem Wesen des Westens immanenten Widersprüche würden sich in zunehmendem Maße geltend machen. Sie hoffen und erwarten, daß wir im Westen, wenn die Krisen in Berlin und sonstwo etwas weniger akut sind, nicht klug genug sein werden, zusammenzuhalten; und sie haben offensichtlich die Absicht, jede Spaltung, die sich unter uns zeigen könnte, auszunutzen. Wir sollten diese Warnungen ernst nehmen; und sie stehen in einer Beziehung zu der Aufrechterhaltung jenes politischen Denkens und Handels in Deutschland, das, wie ich bereits erwähnt habe, eine der größten Gemeinschaftsleistungen der Nachkriegszeit darstellt.

Ich bin überzeugt, daß die Deutschen und die deutsche Politik loyal an den Konzeptionen der europäischen Einheit und der atlantischen Partnerschaft und an der kollektiven Verteidigung der Werte der westlichen Kultur festhalten werden, die dieser Politik zugrunde liegen. Dies bedeutet aber, daß Deutschlands

Verbündete in Europa und Nordamerika ebenfalls dieser Politik aktiv verschrieben bleiben müssen.

Westliche Politik hat viele Krisen überstanden

Die Probleme auf unserer gemeinsamen Tagesordnung im Westen haben sich in den letzten Monaten geändert, wie sie sich in der Zeitspanne seit etwa 1947, als die gegenwärtige Politik konzipiert wurde, schließlich oft geändert haben. Die Politik der atlantischen Nationen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine große Elastizität bewiesen. Wir haben vielerlei Probleme und Krisen überlebt, die Kernstruktur der NATO aber ist immer noch intakt und die Impulse für die europäische Einheit sind immer noch lebendig. Wir sind mit Problemen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Auslandshilfe in den Entwicklungsländern fertig geworden und mit einem weiten Kreis von Problemen auf dem Gebiet des Handels und der Währungen. Wir sind mit Vorstößen gegen die Türkei und Griechenland und zweimal mit größeren Vorstößen gegen Berlin fertig geworden. Wir haben unsere gemeinsame Strategie aus einer Zeit, da die Hauptbedrohung die Rote Armee zu Lande war, der zunehmenden Kompliziertheit einer Zeit angepaßt, da die Sowjetunion über ein Arsenal von Atomwaffen und die Mittel zur Anwendung dieser Waffen mit Hilfe von Raketen verfügt. Wir stehen im Begriff, aus einer Zeit des Atom-Monopols der USA in eine Zeit zu wechseln, da die Lasten und die Verantwortung der atomaren Verteidigung in zunehmendem Maße geteilt werden. Wir haben Augenblicke erlebt, da ein Krieg dicht bevorzustehen schien, und wir haben dazwischen längere Zeiten relativer Minderung der Spannungen zwischen Moskau und dem Westen erlebt. Wir haben erlebt, wie die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa aus der düsteren Hoffnungslosigkeit der Stalinära in eine Periode eintraten, da Männer auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs mit größerer Hoffnung auf ein zunehmendes Maß an nationaler Unabhängigkeit und menschlicher Freiheit im Osten und die Wiederherstellung alter Verbindungen rechnen dürfen, die sich aus den gemeinsamen Religionen und der gemeinsamen kulturellen Basis Ost- und Westeuropas

ergeben. Wir haben erlebt, wie Westeuropa eine Reihe schwerer Krisen in den alten Kolonialgebieten überlebte und neue Beziehungen der Assoziation und Partnerschaft mit den früheren Kolonien und mit anderen Nationen fand, die unter dem Banner der nationalen Unabhängigkeit und der Modernisierung heute in die Welt treten.

All diese Anpassungen sind nicht leicht vonstatten gegangen; und da es sich um demokratische Gesellschaften handelte, waren die Schwierigkeiten für alle zu sehen. Unsere Debatten finden vor aller Ohren statt. Aber wir haben allen Grund zu der Überzeugung, daß die Politik, die Institutionen und die Geisteshaltung, die sich in der vergangenen Generation entwickelten, sich auf Wegen weiterbewegen werden, die die Einheit des Westens fördern — nicht seine Aufspaltung.

Fähigkeiten und Möglichkeiten Deutschlands

In diesem Sinne hat Deutschland heute eine große Rolle zu spielen. Für keine Nation steht mit dem Erfolg oder Mißerfolg einer gemeinsamen Politik im Westen mehr auf dem Spiele, und keine Nation hat ein größeres Vermögen, einer solchen Politik Kraft zu verleihen. Deutschlands Sicherheit seit Kriegsende, sein Wohlstand, seine Ruhe im Inneren und sein zunehmendes Gewicht im Weltgeschehen beruhen auf dieser Politik; und was die Deutschen und Deutschland heute bereits erreicht haben, ermöglicht es ihnen, aktiv voranzugehen, wenn es gilt, diese Politik in der nächsten Phase der westlichen Geschichte fortzusetzen. Die Welt, in der wir heute leben, ist jedoch so miteinander verbunden, daß die Festigkeit des einen von Festigkeit aller abhängt. Insbesondere wir in den Vereinigten Staaten — die wir, ob wir es wollen oder nicht, immer noch die Führer des Westens sind — müssen standhaft Kurs halten.

Wenn wir als Nation gegenüber den großen Zielsetzungen der europäischen Einheit und der atlantischen Partnerschaft unsere Loyalität bewahren — die der Präsident auf seiner Europareise im Juni so nachhaltig bekräftigt hat —, dann dürften wir nicht nur auf die Stabilität der deutschen Politik, sondern auch auf den stetigen Fortschritt der Sache der Freiheit überall in der Welt vertrauen.

Wechsel von Spannung und Entspannung

Zweimal wurden größere Anstrengungen unternommen — von den geringfügigeren soll hier nicht die Rede sein — ein System zu errichten, in dem die Sowjetunion und der Westen in einer erträglichen Stabilität der Verhältnisse und mit einem geringsten Maß an Spannungen miteinander würden leben können. Es sieht so aus, als stünden wir nun vor einem dritten Anlauf, dies Ziel zu erreichen. Ein erster Versuch wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen, ein zweiter in den Jahren nach Stalins Tod. Spätere Historiker werden den Beginn des dritten in die Zeit nach der Kubakrise im Oktober 1962 verlegen.

Zwischen diesen Perioden diplomatischen Abtastens und Verhandeln lagen zwei massive, planmäßig vorgetragene sowjetische Offensiven: die Stalins in den Jahren 1946 bis 1951 und die Chruschtschows in den Jahren 1958 bis 1962. Das sind Vorgänge, die uns allen vertraut sind. Da sie aber im Laufe der Zeit und in der Perspektive des Rückblickes in einem rosigeren Licht erscheinen, dürfte es geboten sein, die Erinnerung daran aufzufrischen.

Die Sache begann, so können wir annehmen, mit Stalingrad. Von dem Augenblick an, da der Sieg so gut wie sicher war, traf Moskau Vorbereitungen, die Verwirrung auszunutzen, die der Krieg selbst und die Nachkriegszeit bringen würden. Aus ähnlicher Verwirrung war die kommunistische Herrschaft in Rußland geboren worden. Und als der Zweite Weltkrieg seinem Ende zuging, wurde es von Tag zu Tag deutlicher, daß die Führer in Rußland trotz der ungeheuren Zerstörungen in ihrem Lande eine Zeit herannahen sahen, die ihnen eine Atempause bot, in der sie das Ziel ihrer Expansion weiter verfolgen konnten. Zur Verfügung stand ihnen die Rote Armee als Druckmittel.

Wie weit sie allerdings in ihrem Streben nach Expansion gehen konnten, das hing natürlich davon ab, wie die damals erdrückende Übermacht der Vereinigten Staaten tatsächlich entfaltet werden würde. In den Jahren 1945 und 1946 war Stalin offenkundig der Meinung, die Vereinigten Staaten handelten gemäß der Voraussage Roosevelts, daß die USA ihre Truppen nicht länger als zwei Jahre nach dem Kriege in Übersee belassen könnten. Jedenfalls glaubte Stalin dies aus den Worten Roosevelts ihm gegenüber schließen zu können. Wir hatten über Europa und China Verhandlungen zu

führen und taten dies vor dem Hintergrund einer übereilten, einschneidenden und einseitigen Abrüstung.

Stalins Offensive im Westen

Stalin hegte große Hoffnungen: Er legte sie der Welt dar in seiner unnachgiebigen Rede vom 9. Februar 1946; die Zeit, die vor ihm lag, war für ihn eine Periode der Ausbreitung kommunistischer Macht. Die Offensiven, die er dann folgen ließ, zuerst im Westen, dann im Osten, zogen sich über einen längeren Zeitraum hin. Zwar wurde der Vorstoß gegen den Iran abgewiesen. Doch unmittelbar danach, es war im Sommer 1946, verstärkte Stalin den diplomatischen Druck der Sowjetunion, der mit Drohungen verbunden war, gegen die Türkei. In Griechenland unterstützte er einen ausgedehnten Partisanenkrieg. In Italien und Frankreich strebten die kommunistischen Parteien mit seiner Hilfe mit allen Mitteln nach der parlamentarischen Macht. Im Jahre 1947 trieb er seine Bemühungen, ganz Osteuropa in seine Hand zu bekommen, auf die Spitze; Symbol dafür war die Schaffung der Kominform im September 1947. In Prag fiel ihm der Erfolg im Februar 1948 zu. Einen Mißerfolg erlebte er in Belgrad; im Juni 1948 wurde Titos Abfall ruchbar.

Mit der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan begann im Jahre 1947 der Gegenangriff des Westens. Italien wurde durch die Wahlen im April 1948 gerettet; in Griechenland brachen die kommunistischen Anstrengungen im Abwehrkampf der Nation und durch Zerwürfnisse in den Reihen der Kommunisten selbst zusammen. In Frankreich bildete sich eine Gruppe aus den Mittelparteien, die, wenn auch unsicher, fähig war, die Regierungsgewalt auszuüben und die innere kommunistische Bedrohung im Zaume zu halten.

Deutschland steuerte vom Frühjahr 1946 an einer Spaltung entgegen; der Kontrollrat in Berlin war nicht mehr funktionsfähig. Am 20. März 1948 gaben die Sowjets diesem Zustand durch ihren Auszug dramatischen Ausdruck. Damit war der Weg frei gemacht für die totale Blockade zu Wasser und zu Lande, die drei Monate danach beginnen sollte. Es kam aber so, daß durch den Erfolg der Luftbrücke Stalins Bedrohung des Westens ein Ende fand. Die Offensive des Ostens führte schließlich zu einem Zwischenspiel, aus dem nicht nur der Marshall-Plan, sondern auch der Brüsseler Pakt

(September 1948), die NATO (März 1949) und im Mai 1949 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erwachsen.

Sowjetische Vorstöße in Asien

Noch während dieses Duells im Westen startete Stalin eine Offensive im Osten. Ihr Beginn fällt etwa mit den Instruktionen zu aktivem Vorgehen zusammen, die Shdanow den kommunistischen Parteien Asiens auf der Gründungsversammlung der Kominform im September 1947 erteilte. Im November 1946 begann in Indochina der offene Partisanenkrieg; in Burma im April 1948; in Malaya im Juni des gleichen Jahres; in Indonesien und auf den Philippinen im Herbst. Die kommunistischen Parteien in Indien und Japan hatten weniger Spielraum für Partisanenaktionen, trotzdem verstärkten sie im Jahre 1948 ihre militante Aktivität. Als (entgegen früheren Erwartungen Stalins) im November 1949 in China der Sieg errungen war, empfahl das Kominform Maos politisch-militärische Strategie in aller Offenheit den kommunistischen Parteien in den Gebieten, wo Untergrundaktionen im Gange waren. Durch die Begegnung Stalins mit Mao zu Beginn des Jahres 1950 bekam die Welt eine Bestätigung dafür, welche ehrgeizigen Ziele in Asien verfolgt wurden. Diese Strategie fand ihren Höhepunkt in der Invasion Südkoreas Ende Juni 1950.

Die Antwort der Amerikaner und der Vereinten Nationen auf die Invasion in Südkorea waren die Landung in Inchon und der Marsch zum Yalu. Als die chinesischen Kommunisten in den Krieg eingetreten waren, wurde ihr massiver Angriff in den Monaten April und Mai 1951 am 38. Breitengrad zum Stehen gebracht. Dadurch wurde dem militärischen und quasi-militärischen Vorgehen der Kommunisten auf dem asiatischen Kontinent allmählich ein Ende gesetzt. Weder Moskau noch Peking hatten Lust zu einem allgemeinen Krieg, der die Anspannung aller ihrer Kräfte verlangt hätte, sie hatten nicht einmal Lust, die Kosten für eine Verlängerung der Offensive in Korea zu tragen. Auch anderswo waren die Träume der Kommunisten aus den Jahren 1946 und 1947 ausgeträumt. An keiner Stelle in Asien wiederholte sich Maos Erfolg. Indonesien, Burma und die Philippinen wurden überall mit Partisanen und Untergrundaktionen fertig. In Malaya wurden unter großem Kostenaufwand Großbritanniens die Partisanen aufgehalten und zurückgetrieben. Nur in Indochina, wo die örtlichen Verhältnisse die Kommunisten begünstigten, konnten sie Erfolge für sich buchen. Ho Chi Minh mußte sich aber schließlich mit

einem halben Sieg zufriedengeben (Genf 1954). Er tat dies, weil Stalin gerade gestorben war und weil er mit einer Intervention der Amerikaner rechnete.

Wie war die Lage, als im Sommer 1951 über einen Waffenstillstand in Korea verhandelt wurde? Stalin hatte Osteuropa konsolidiert, Mao China. Doch immer noch lag das Schwerkraft im Spiel der Mächte bei der freien Welt, wenn auch mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor behaftet. Und dieser Westen hatte unter Führung der Vereinigten Staaten unzweideutige Antworten auf drei Fragen gegeben, von denen die kommunistischen Planer ausgegangen waren und auf die sie ihre Hoffnungen gestützt hatten. Erstens war erwiesen worden, daß die Bindung der Vereinigten Staaten an Europa den Krieg überlebt hatte und daß Roosevelts Befürchtungen und unglückselige Prophezeiungen Lügen gestraft waren. Zweitens war erwiesen worden, daß Westeuropa sich aus dem Desaster des Zweiten Weltkrieges erhob und seine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Kraft wiedergefunden hatte und daß es mit amerikanischer Hilfe in der Lage war, die kommunistische Bedrohung des östlichen Mittelmeeres, Italiens, Frankreichs und auf dem Höhepunkt des Kampfes auch die Bedrohung Berlins abzuwehren. Drittens war in Korea erwiesen worden, daß die Vereinigten Staaten und die freie Welt als Gesamtheit willens und fähig waren, einer Aggression mit konventionellen Waffen über die Demarkationslinie des Kalten Krieges hinweg entgegentreten.

Sechs Jahre relativer Ruhe

Zwischen dem Sommer 1951 und dem Start des Sputniks im Oktober 1957 lag eine verhältnismäßig ruhige Periode, nur unterbrochen von der Suezkrise und der Ungarnkrise, die aber beide weniger aus den Spannungen des Kalten Krieges herrührten, sondern aus der Dynamik der Veränderungen in der freien Welt und innerhalb des kommunistischen Blocks. Es ist wahrscheinlich, daß die sowjetischen Planer sich bewußt wurden, daß die Phase einer Ausnutzung der Möglichkeiten, wie sie sie in den ersten Nachkriegsjahren hatten, vorüber war. Die Positionen, die auf dem XIX. Parteikongreß im Oktober 1952 in Moskau bezogen wurden, waren offensichtlich von dem Gedanken einer weit vorausschauenden Strategie beeinflußt. Nach Stalins Tod zog sich ein heimlicher Kampf um die Macht etwa vier Jahre hin. Erst im Jahre 1957 gelang es Chruschtschow, die unbestrittene Macht sowohl über den Regierungs- als auch über den Par-

teipparat in seiner Hand zu vereinigen. Zu gleicher Zeit vollzogen sich bemerkenswerte und die Kräfte in Anspruch nehmende Veränderungen in der Sowjetunion; unter den Satelliten gab es Neuorientierungen: sowohl das Regime Gomulkas in Polen im Jahre 1956 wie die Ungarische Revolution einige Wochen später gingen daraus hervor.

Sicherlich dachte man auch hier und da an die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Westen. Oben schon wurde erwähnt, daß der Krieg in Indochina wenigstens formell beendet war; Moskau hatte das Abkommen über Triest gebilligt, Österreich hatte eine Garantie über seine Freiheit in Neutralität erhalten (Juli 1955). In den beiden großen Streitfragen jedoch — Kontrolle der Bewaffnung und Deutschland — war kein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Die Gipfelkonferenz von 1955 erbrachte kein Ergebnis von irgendwelcher Bedeutung, und die im Oktober 1955 folgende Außenministerkonferenz, in der über Deutschland diskutiert wurde, ging, ohne zu einem Resultat gelangt zu sein, auseinander. Trotzdem herrschte, wenn man nur die Oberfläche betrachtete, eine Atmosphäre relativer Entspannung, und zwar bis zu der Gipfelkonferenz im Jahre 1960, die dann wegen des U-2-Zwischenfalles in die Luft flog. In Wirklichkeit hatten sich aber schon zwei Jahre vorher Wolken am Himmel zusammengezogen.

Blicken wir heute zurück, so wird uns der Grund für das Ende der Entspannung, die im Jahre 1950 eingesetzt hatte, einigermaßen klar. Zwei neue Faktoren waren inzwischen auf der Bühne des Weltgeschehens hinzugekommen, und die Männer, die in der Sowjetunion die Politik machen, waren zu dem Schluß gekommen, daß sich daraus bedeutende Vorteile ziehen ließen.

Der erste Faktor ist das Auftauchen thermonuklearer Waffen im Jahre 1950, die man über große Entfernungen mit Hilfe von Raketen ins Ziel bringen konnte. Zum ersten Male hatte die Sowjetunion die Möglichkeit, Westeuropa mit Zerstörung und die Vereinigten Staaten mit Schäden großen Ausmaßes zu bedrohen. In Anbetracht dieses Kriegsinstrumentariums hielt es Moskau offensichtlich für möglich, den Westen zu begrenzten diplomatischen Zugeständnissen zu zwingen. Das Thema der Erpressung mit Hilfe der Atomwaffen tauchte in der Sowjetpolitik zuerst im Jahre 1956 auf; in aller Deutlichkeit wurde während der Suezkrise davon gesprochen.

Der zweite große Faktor auf der Weltbühne, der die Sowjets mit neuen Hoffnungen erfüllte, war die Tatsache, daß die Revolutionen, die auf nationale Unabhängigkeit und Moder-

nisierung abzielten, in Asien, im Mittleren Osten, in Afrika und in Lateinamerika mit immer größerer Geschwindigkeit abliefen. Es besteht kein Zweifel, daß Moskau des Glaubens war, es könne die kommunistische Macht und den kommunistischen Einfluß in diesen Ländern auf Kosten des Westens ausdehnen, wenn es sich einer breiten Skala von Methoden bediente, nämlich der der Subversion und des Partisanenkrieges, des Handels und der direkten Hilfe, indem es an die Gefühle des Antikolonialismus und des Nationalismus appellierte, und schließlich dadurch, daß es nicht müde wurde, zu behaupten, daß der Kommunismus nicht nur der mächtigste Rivale der Vereinigten Staaten sei, sondern daß er auch eine unfehlbare Methode hätte — wenn diese zunächst auch unbarmherzig schiene —, ein unterentwickeltes Gebiet zu modernisieren. Das Waffenlieferungsabkommen mit Ägypten und die Bereitwilligkeit, den Assuan-Damm zu bauen, waren die ersten größeren Anstrengungen in Richtung auf dieses Ziel.

Chruschtschows Offensive schlägt fehl

Doch die zweite kommunistische Großoffensive der Nachkriegszeit trat erst nach dem Start des Sputniks im Oktober 1957 voll in Erscheinung. Im Jahre 1958 erging von Moskau das Ultimatum in der Berlinfrage. Im gleichen Jahre verkündete die kommunistische Partei in Hanoi, sie werde in Südvietnam mit dem Partisanenkrieg beginnen. Kurz darauf nahm die Pathet Lao mit aktiver Hilfe der Kommunisten in Nordvietnam ihre Anstrengungen, Laos zu erobern, wieder auf. In diesen ersten Jahren nach dem Start des Sputniks nutzten die Sowjets alle Möglichkeiten, im Kongo eine Basis für kommunistische Operationen in Zentralafrika zu errichten. Eine Milliarde Dollars investierten sie zu gleicher Zeit, um einen Bruch oder sogar einen Krieg zwischen Indonesien und den Niederlanden wegen West-Neuguineas herbeizuführen, womit sie den sowjetischen Einfluß und die kommunistische Position in Indonesien zu verstärken hofften. Zu gleicher Zeit — dabei mag der Zufall eine Rolle gespielt haben — kam in Kuba Castro an die Macht (Ende 1958).

An zwei Stellen wurde dem kommunistischen Druck, der dem Sputnikstart folgte, durch überlegene amerikanische Aktionen erfolgreich Widerstand entgegengesetzt: bei der Libanon-Jordanien-Krise und bei dem Konflikt um Quemoy-Matsu im Jahre 1958. Doch im Januar 1961 hatte Chruschtschows Offensive in Südostasien, Afrika und Lateinamerika noch nichts von ihrer Stoßkraft verloren.

Die erste Aufgabe, vor der die Kennedy-Regierung im Jahre 1961 stand — sie kann mit den

Problemen verglichen werden, denen sich Truman im Jahre 1947 gegenüber —, war die, der kommunistischen Offensive dadurch Einhalt zu gebieten, daß man nachwies, auf welchen tönernen Füßen die beiden Hypothesen standen, von denen die Sowjets ausgingen. Im großen und ganzen wurde das Problem in der Zeit zwischen der Feuereinstellung in Laos im Mai 1961 und der Raketen-Krise in Kuba im Oktober 1962 gelöst.

Wir erinnern uns, daß die erste sowjetische Theorie, die der Verwundbarkeit des Westens durch Atomgeschosse ist. Die Antwort darauf wurde ihnen durch den gesamten Verlauf der Berlinkrise im Jahre 1961/62 gegeben, insbesondere durch die Rede des Präsidenten im Juli 1961 und die nachfolgenden Rüstungsanstrengungen. Nachdem der sowjetische Versuch im Februar und März 1962, die Einheit des westlichen Bündnisses durch Eindringen in die nach Berlin führenden Luftkorridore zu sprengen, fehlgeschlagen war, kam Moskau offensichtlich zu der Einsicht, daß die Position des Westens in Berlin zu fest war, als daß sie auf dem direkten Wege hätte unterminiert werden können. Dann setzten die Sowjets das Unternehmen der Lieferung von Raketen nach Kuba in Gang, und das Ende dieser Affäre nahm — wenigstens für den gegenwärtigen Zeitpunkt — den Sowjets die Hoffnung, daß die freie Welt auf irgendwelche Lebensinteressen unter dem Druck des Atomkrieges verzichten würde.

Die Antwort auf die zweite Frage — nämlich ob der Westen fähig sei, die Machtergreifung des Kommunismus in den unterentwickelten Gebieten zu verhindern — mußte an verschiedenen Stellen mit verschiedenen Methoden gegeben werden: in Laos durch eindeutige Entschlossenheit, eine kommunistische Machtergreifung zu vereiteln; in Vietnam durch die Aufstellung eines erweiterten Programms zur Bekämpfung der Untergrund- und Aufstandsbewegung; in Indonesien durch erfolgreiche Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der indonesischen Regierung über die Frage West-Neu-Guineas; in Afrika durch den ganzen Zuschnitt unseres Auftretens gegenüber den neuen afrikanischen Nationen — insbesondere durch Unterstützung der Bemühungen der UN im Kongo; in Lateinamerika durch die Isolierung Kubas und durch eine Allianz, die den wirtschaftlichen Fortschritt zum Ziele hat.

Mit dem Ende der Raketenkrise in Kuba im Herbst 1962 verschwand die Stoßkraft aus Chruschtschows Offensive, die er nach dem

ersten Sputnikerfolg gestartet hatte, obwohl die Krisen in Kuba und in Südostasien noch nicht völlig beigelegt waren.

Schwächen der sowjetischen Position

Im Verlaufe dieser Ereignisse kam es zu Situationen, aus denen sich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit eine Veränderung der sowjetischen Politik ergeben mußte. Erstens: Westeuropa nahm weiter einen erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung, wie er seit 1914 nicht erlebt worden war; es näherte sich als Ganzes dem Status einer Weltmacht, und es war wahrscheinlich, daß es in dieser oder jener Form seine Rolle auf dem Gebiet der Atomwaffen ausbauen würde.

Zweitens: Neben den Anstrengungen der Vereinigten Staaten, dem Hauptstoß der Kommunisten in die unterentwickelten Gebiete zu begegnen, zeigten diese Nationen selbst, daß sie fähig waren, ihre Unabhängigkeit mit immer größerer Geschicklichkeit und Entschlossenheit und mit wachsendem Verständnis für die kommunistischen Ziele und Methoden zu verteidigen. Der Verlauf der letzten Ereignisse in Asien, im Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika macht die Vorstellung von einer Kontrolle Moskaus über diese Gebiete zunehmend unwahrscheinlicher, womit natürlich nicht gesagt ist, daß der gefährliche Mangel an Stabilität in diesen Ländern nicht den Kommunisten die Möglichkeit gäbe, dort im Trüben zu fischen.

Drittens: Innerhalb des kommunistischen Blocks wurde die ideologische Einheit und die Disziplin in der Organisation der internationalen kommunistischen Bewegung durch nationalistische Impulse erschüttert, wie sich in dem Bruch zwischen Rußland und China, aber auch an anderen Stellen zeigt. Aus dieser Entwicklung erwuchs die Möglichkeit, daß die chinesischen Kommunisten schließlich als selbständige Atommacht dastehen können, und zwar innerhalb eines Zeitraumes, der von unserer gegenwärtigen Planung bereits in Betracht gezogen werden muß.

Viertens: Abgesehen von der chronischen Unfähigkeit der kommunistisch beherrschten Nationen, Lebensmittel in genügender Menge zu erzeugen, zeigte sich auch ein Langsamerwerden der industriellen Produktion in der Sowjetunion und in Osteuropa. Der Grund ist der, daß die Schwerindustrie, auf die sich der Nachkriegsaufschwung stützte, einen unvermeidlich eigenen Weg ging. Im Jahre 1962 hatten die der NATO angeschlossenen Länder eine durchschnittliche Zuwachsrate des Brutto-sozialproduktes von 4,8 Prozent; der kommu-

nistische Block hatte — läßt man das in gewaltiger Umwälzung begriffene kommunistische China außer acht — eine solche von 3,6 Prozent. Die Folge dieser Verlangsamung, durch welche die Gesamt-Zuwachsrates der Sowjetunion in den letzten Jahren von etwa 7 Prozent auf etwa 4 Prozent herunterging, ist die, daß die Zunahme der aus sowjetischen Quellen fließenden Gütermengen, die für militärische, außenpolitische und für Zwecke der Versorgung der eigenen Bevölkerung benötigt wurden, zurückging, wenn auch die im Abnehmen begriffene Zuwachsrates immer noch verhältnismäßig hoch ist. (Die Vereinigten Staaten haben die rückläufige Bewegung überwunden, und ihre Gesamtzuwachsrates für 1962 lag bei 5,4 Prozent, d. h. sie war überdurchschnittlich hoch.)

Fünftens: Während der Zeit, in der Moskau nach dem Start des Sputniks seine Offensive mit großem Éclat und einer bemerkenswerten Risikobereitschaft vorantrieb, zielten bestimmte, von langer Hand vorbereitete Strömungen in Rußland und Osteuropa auf eine gewisse Liberalisierung der Gesellschaft in diesen Ländern hin. Damit ging eine Verstärkung des Nationalbewußtseins und ein gesteigerter Friedenswille dieser Völker Hand in Hand.

Damit mag der Rahmen abgesteckt sein, in dem sich die dritte Runde im west-östlichen Kampf der Nachkriegszeit abspielt.

Voraussetzungen einer Entspannung:

Wirksame Rüstungskontrolle und Selbstbestimmung für Deutschland

In gewissem Sinne sind die grundlegenden diplomatischen Streitfragen und die sich aus ihnen ergebenden Probleme seit den ersten Nachkriegstagen immer dieselben geblieben. Die Grundprobleme sind: erstens die Weigerung der Sowjetunion, eine internationale Inspektion und Kontrolle zuzulassen, wie sie notwendig ist, damit dem Rüstungswettlauf ernsthaft Einhalt geboten werde; zweitens der Mangel an Bereitschaft bei der Sowjetunion, eine klare Trennung herbeizuführen zwischen ihren legitimen Sicherheitsansprüchen in Mitteleuropa und ihrer ideologisch bedingten Zwangsvorstellung, sie müsse Ostdeutschland gegen den Willen des Volkes als kommunistischen Staat halten.

Im Jahre 1945/46 wurde das diplomatische Geschehen dramatisiert durch den Vorschlag Baruchs, eine internationale Kontrolle der Atomenergie herbeizuführen, und durch den Vorschlag des Staatssekretärs Byrnes, den Deutschen durch einen Friedensvertrag freie Wah-

len zu gestatten und ihnen so die Möglichkeit einer Einigung zu geben, sie aber für die Dauer von fünfzig Jahren gänzlich zu entwaffnen.

In den fünfziger Jahren war die Welt dadurch kompliziert geworden, daß in drei Ländern Atomwaffen hergestellt wurden. Wollte man das Wettrüsten beenden, so waren in erster Linie Verhandlungen über eine gegenseitige Rüstungskontrolle erforderlich. Den Kern dieser Verhandlungen bildete das Problem der Inspektionen, das durch Eisenhowers Vorschlag, eine gegenseitige Luftüberwachung einzuführen, im Jahre 1955 eine neue Wendung erhielt. Die deutsche Frage nahm eine andere Gestalt an, als die Bundesrepublik in die NATO integriert wurde und die Deutsche Demokratische Republik in den Ostblock. Die Anstrengungen, die nötig waren, den Lauf der Dinge zu ändern oder sogar das Rad der Geschichte zurückzudrehen, spiegelten sich in dem Vorschlagspaket für stufenweise Abrüstung, das im Mai 1959 in Genf vorgelegt wurde. Das Entscheidende bei allem aber blieb das Problem freier Wahlen, die in ganz Deutschland durchzuführen waren, und ein europäisches Sicherheitssystem, das den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht wurde.

Weder in den Jahren 1945 und 1946 noch in den fünfziger Jahren war die Sowjetunion willens, für Rußland einen höheren Grad nationaler Sicherheit durch die Zustimmung zu internationalen Inspektionsmaßnahmen einzuhandeln. Sie war auch nicht willens, einer Lösung zuzustimmen, durch welche die gefährlichen Spannungen in Mitteleuropa vermindert werden konnten; jedes, auch das kleinste Risiko für den Kommunismus in Ostdeutschland, war für sie nicht akzeptabel.

Aus diesen beiden ungelösten Problemen ergibt sich für die in Moskau Verantwortlichen die gleiche Frage, die ihnen von den chinesischen Kommunisten in den letzten Monaten in brutaler Offenheit gestellt wurde: Soll die Politik der Sowjetunion eine Politik sein, die einzig und allein den Interessen der russischen Nation dient? Oder soll sie eine Politik sein, die in erster Linie das Ziel verfolgt, dem Kommunismus in der ganzen Welt zum Siege zu verhelfen? Dies ist die einzig entscheidende Frage.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann niemand mit Sicherheit sagen, ob die Sowjetunion bereit ist, einem definitiven Abkommen über die kritischen Probleme der Waffenkontrolle und der Abrüstung näherzutreten — die beide selbstverständlich gegenseitige Inspektion voraussetzen — oder ob sie einem System gegenseitiger Sicherheit den Vorzug geben

will, das das Recht auf Selbstbestimmung in Mitteleuropa einschließt.

Die Argumente für eine wirksame Kontrolle des Wettrüstens und einer Minderung der Gefahren für alle, wie sie von dem Ulbricht-Regime ausgehen, sind gewichtig, sogar wenn sie mit den Augen Moskaus betrachtet werden. Die ersten Schritte, die sich aus dem begrenzten Atomstop ergeben haben, könnten bei einiger Geduld zu weiteren Resultaten führen. Aber niemand kann erwarten, daß Leute, die das Alter, die Vergangenheit und die politischen Verpflichtungen Chruschtschows und seiner Kollegen haben, plötzlich selbst revolutionäre Veränderungen betreiben werden, wie sie ein dauerhafter Friede verlangt. Wir dürfen nichts von einem „coup de théâtre“ erwarten, vielmehr gilt es, abzuwarten, was die Zeit und die ihr innewohnende Gesetzmäßigkeit bewirken.

Der Westen hat seine Lektion gelernt

Auf der anderen Seite ist die ganze Geschichte seit Stalingrad für den Westen eine wichtige Lektion gewesen.

Erstens: Wir haben gelernt, daß Moskaus Streben nach der Expansion der kommunistischen Macht so tief eingewurzelt und institutionalisiert ist, daß die Sowjetführer beinahe die historische Pflicht zu haben glauben, in den Fähigkeiten, in der Einheit und im Wollen des Westens Lücken aufzuspüren, die sie sich zunutze machen können. Immer wieder von neuem stehen wir vor den fünf grundlegenden Fragen, auf die wir während der Offensiven Stalins und Chruschtschows zu antworten hatten. Das heißt: die Verpflichtung der Vereinigten Staaten für die Sicherheit der westlichen Welt muß fest bleiben; Westeuropa muß weiterhin seine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Kraft beweisen; der gesamte Westen muß darauf vorbereitet sein, einem kommunistischen Stoß über die Grenzen des Kalten Krieges wirksam zu begegnen; in den unterentwickelten Gebieten müssen wir in unseren Anstrengungen fortfahren und sie noch verstärken, um das Bewußtsein zu entwickeln, daß diese Völker und Regierungen mit unserer Hilfe in der Lage sind, ihre Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten und zu einem Aufbau und zur Gestaltung einer modernen Gesellschaft, die in Übereinstimmung mit ihren eigenen Traditionen, Kulturen und Bestrebungen steht, weiterzuschreiten; und das Wichtigste von allem: der Westen muß mit seinen Rüstungsanstrengungen fortfahren und sich weiter so verhalten, daß die Erpressung mit Hilfe der Atombombe ein nutzloses Verfahren bleibt.

Zweitens: In einer Welt, in der als Ergebnis der keimenden Energien von Nationen und Völkern in vielen Gegenden der Welt die Macht- und Herrschaftsverhältnisse unklar werden, haben wir als Führer des Westens die Aufgabe, das Suchen nach neuen Formen in Bahnen zu lenken, in denen nicht nur die Interessen anderer Regierungen, sondern auch deren eigene Wünsche nach Konsultationen und nach Sitz und Stimme, wenn es um Entscheidungen geht, respektiert werden. Wenn wir von einer bipolaren Welt sprechen, so gilt dies nur für einen recht engen Bereich von Problemen. Ein Rahmen für den Frieden kann nur durch eine Verständigung zwischen Moskau und Washington abgesteckt werden; Grundlage eines solchen Vertragswerkes müßte die Berücksichtigung der Interessen vieler Völker sein, und deren Energien müßten mit eingeplant werden.

Drittens: Die Lösungen, die wir vorschlagen, müssen der Sowjetunion — und mit ihr anderen Nationen mit kommunistischen Regierungen — den Mut geben, zu begreifen, daß die Welt, die wir im Westen durch unsere Anstrengungen und durch Verhandlungen zu errichten suchen, allen Nationen einen würdigen Platz bietet, die in sauberer Weise ihre nationalen Interessen zu verwirklichen suchen und die die harten Gebote, wie sie in der gegenseitigen Abhängigkeit und in den Rechten anderer Nationen und Völker beschlossen liegen, anerkennen.

Viertens: Was wir bestenfalls mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sehen, ist ein mühsamer und langwieriger Prozeß; es hat darum keinen Sinn, schon vorzeitig in heller Begeisterung die Hüte in die Luft zu werfen. In den Jahren 1945 und 1946 und in den Jahren um 1955, also in den beiden Zeiten scheinbarer Entspannung, sind wir einer Selbsttäuschung verfallen und haben die kommunistische Führerschaft durch eine übersteigerte Reaktion unter den Völkern des Westens in Versuchung geführt. Aus sehr geringfügigen Fortschritten zog man den Schluß, das der Friede angebrochen war. Wir im Westen sollten klug und hartgesotten genug sein, unsere Feiertagsstimmung dem jeweils auf dem Wege zum Frieden hin wirklich Erreichten anzupassen — ganz gleich, was am Ende wirklich dabei herauskommt. Im Augenblick können wir es uns leisten, dem Atomstop-Abkommen die Wichtigkeit beizumessen, die es als ein bedeutender Schritt vorwärts verdient; denn wir haben nun Erfahrung genug, um zu wissen, daß es nur ein Schritt auf dem Wege zum endgültigen Erfolg ist.

Notfalls eine vierte Runde abwarten

Was für uns auf dem Spiele steht, ist so groß, daß wir — und ebenfalls unsere Alliierten — mit allem uns zur Verfügung stehenden Ideenreichtum und Ernst an die bevorstehenden Verhandlungen herangehen müssen. Es ist wirklichkeitsfremd, anzunehmen, daß die Geschichte statisch ist und daß wir dazu verdammt sind, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Aber die unter großen Mühsalen gewonnene Lehre aus der Erfahrung, bei der manche Zu-

fälle mitgespielt haben, ist die, daß wir unser Pulver trocken halten sollen. Wenn wir uns des wirklich revolutionären Charakters der letzten Zeit bewußt sind, aber auch der unverminderten, ja, der zunehmenden Kraft und Vitalität des Westens und seiner Werte, dann werden wir auch die nötige Gemütsruhe haben, geduldig auszuharren. Aus der dritten Runde sollten wir das Beste herausholen, wir sollten uns aber auch nicht davor fürchten, nötigenfalls auch eine vierte Runde abzuwarten.